

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Halbjahr 60 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: Die Anzeigenstelle des Auer Tageblatts für das Erzgebirge. — Druck: Die Anzeigenstelle des Auer Tageblatts für das Erzgebirge. — Druck: Die Anzeigenstelle des Auer Tageblatts für das Erzgebirge.

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 126

Donnerstag, den 3. Juni 1926

21. Jahrgang

### Der Rechtsdiktaturplan im Preussischen Landtag.

Berlin, 2. Juni. Im Preussischen Landtag, der gestern seine Sitzungen wieder aufnahm, gab es Stürmszenen, als der Leiter der preussischen Polizei, Ministerialdirektor Dr. Wegg, über die Abwehraktion gegen die rechtsradikalen Diktaturpläne berichtete. Wegg geniesst als ausgesprochener Fachmann die Achtung der weitesten Kreise.

Ministerialdirektor Dr. Wegg gab zunächst einen Überblick über die Sachlage, wie sie sich der Polizei darstellte.

#### Beunruhigende Gerüchte

gingen in immer steigendem Maße um. Die Polizei stand diesen Gerüchten zunächst mit großen Bedenken gegenüber. Sie hat sie mit ganz besonderer Sorgfalt nachgeprüft. Bei wochenlanger Nachprüfung hat sich ergeben, daß diese Berichte durchweg und durchaus zuverlässig gewesen waren. Bei den verschiedensten Kundgebungen der Verbände, Organisationen und einzelner Persönlichkeiten ist mit aller Deutlichkeit die Absicht der

#### Errichtung einer Rechtsdiktatur

zum Ausdruck gekommen. Das beweisen Kundgebungen der Verbände, die Zusammenfassung unter einheitlichem Oberbefehl, und zwar unter dem Oberbefehl des Korvettenkapitän Ehrhardt, Gründung der Deutschen Rotgemeinschaft und all dergl.

Es ist den Damen und Herren dieses hohen Hauses bekannt, daß Vorbereitungen und Bestrebungen für die Errichtung einer Rechtsdiktatur bei den verschiedensten Gelegenheiten deutlich und klar zum Ausdruck gekommen sind. Sie wissen von den Tagungen des Alldeutschen Verbandes, des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und kennen die Reden der Herren Generale v. d. Goltz und Graf Waldersee. Meine, wenn Sie sich hier auf den Standpunkt — (Stürmische andauernde Unterbrechungen rechts. Glocke des Präsidenten.)

Dr. Wegg (fortfahrend): Dazu kamen aber ganz bestimmte Angaben über Vorbereitungen, die für die unmittelbar bevorstehende Zeit der Aktion von rechtsradikaler Seite sprachen.

Es sind, fuhr der Redner unter ständigen Unterbrechungen fort, Mitglieder der vaterländischen Verbände selbst gewesen, die aus freiem Antrieb, ohne vorher mit der Polizei in irgendeiner Weise im Zusammenhang zu stehen, zur Polizei gekommen und in ihrer Gewissensnot und Herzensangst darauf hingewiesen haben, daß hier auf dieser Seite bei den Bestrebungen etwas geplant sei.

Ich wiederhole: die rechte Seite des Hauses wünscht Beweise. Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß Mitglieder dieser Organisationen aus eigenem Antrieb zur Polizei gekommen sind. (Zurufe b. d. Anst.: Namen! Gegenrufe b. d. Anst.: Die Feme will Arbeit haben!) Ich halte es meinerseits nicht für richtig, die Namen hier bekanntzugeben. (Lachen b. d. Anst. — Sehr richtig! b. d. Anst.) Ich wiederhole: Ich halte es nicht für richtig, die Namen hier bekanntzugeben, ich betone aber meinerseits, daß diese Namen längst in den Händen des Oberreichsanwalts und des Reichsgerichts sind, und den Damen und Herren dieses hohen Hauses ist bekannt, daß die Voruntersuchung gegen drei der beteiligten Persönlichkeiten eröffnet ist. Das beweist, daß ein dringender Verdacht des Hochverrats gegeben ist.

Bei dieser Sachlage war eine dringende Gefahr gegeben, und zwar lag „Gefahr im Verzuge“ vor, und es wäre eine schwere Pflichtvergessenheit der Polizei gewesen, wenn sie in diesem Falle nicht eingegriffen hätte. (Sehr richtig! bei den Anst.)

Der Diktaturplan, von dem heute geredet worden ist, und von dem jetzt behauptet wird, daß er bereits seit langer Zeit der Regierung bekannt gewesen sei, ist am Montag vor Himmelfahrt, am Montag, den 10. Mai, in die Hände der Polizei gekommen und ihr zum ersten Male bekannt geworden. (Hört, hört! bei den Anst.)

Im unmittelbaren Zusammenhang damit, unmittelbar darauf folgend, haben am Montag und Dienstag eingehende Erörterungen über die notwendigen Maßnahmen stattgefunden. Maßgebend für das Vorgehen der Polizei sind die Paragraphen 105 und 161 Abs. 1 der St.P.O., deren Voraussetzungen hier nach Lage der Sache ganz zweifelsfrei gegeben waren. (Sehr richtig links. Zurufe und Widerspruch b. d. Anst.) Ich darf mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß die Polizei bestimmte gesetzliche Aufgaben hat und, wenn sie diese Aufgaben nicht erfüllt, ein Amtsverbrechen begeht. (Sehr richtig! links.)

Die Voraussetzungen für die Aktion lagen demgemäß vor.

Was bei dieser Aktion gefunden worden ist, das ist eine weitere Frage, die zur Beurteilung der Rechtsmäßigkeit an sich noch nicht in Betracht kommt. (Wohl rechts. Sehr richtig! links.) Wenn diesmal nicht mehr gefunden worden ist, so lag dies nur daran, daß die polizeiliche Aktion durch eine unglückliche Berleitung von Zwischenfällen vorher zum Teil bekannt und geahnt worden war. (Hört, hört! links.) Und zwar hatten dieselben Persönlichkeiten, die — wie ich vorhin bereits sagte — in ihrer Gewissensnot zur Polizei gekommen sind, schon zuvor einigen Parlamentariern Mitteilung gemacht. Zur Vermeidung von Mißverständlichkeiten betone ich, daß es keine Parlamentarier der linken Seite dieses Hauses gewesen sind. (Erneute stürmische Zurufe bei den Deutschnationalen: Namen nennen!)

Wegg (nach minutenlangen Unterbrechungen fortfahrend): Die Anwürfe, die gegen mich von einer Seite des Hauses gerichtet werden, bringen mich absolut nicht aus meiner Ruhe. Vor allen Dingen werden Sie mich nicht dazu bringen, die Namen hier zu nennen. (Unhaltende Zurufe rechts.) Die Namen stehen fest und werden zur gegebenen Zeit genannt werden. (Rufe rechts)

Da diese Erörterungen aber, wie Sie schon daraus ersehen können, in breiteren Kreisen gepflogen wurden, war es eine doppelte Pflicht der Polizei, sofort zuzugreifen, und es ergab sich aus dieser Sachlage, wie schwere Gefahr im Verzuge lag. (Lachen rechts. Große Unruhe.) Wenn bei dieser Gelegenheit bei hochachtbaren und einwandfreien Persönlichkeiten auch polizeiliche Maßnahmen vorgenommen worden sind, so wird das von der Staatsregierung bebauert. (Hört, hört! rechts.) Es ist aber eine unbedingte polizeiliche Notwendigkeit gewesen, denn es ist schließlich unmöglich, daß es für die Polizei und für die Staatsregierung zweierlei Arten von Staatsbürgern gibt. (Lebhaft links. — Zurufe rechts. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Wegg (fortfahrend): Ich werde von der rechten Seite des Hauses gefragt, wo die Beweise sind. Beim Oberreichsanwalt und beim Reichsgericht, der auf Grund dieser Beweise die Voruntersuchung in drei Fällen eröffnet hat. Was den Kreis der Persönlichkeiten betrifft, bei denen Durchsuchungen vorgenommen worden sind, so bitte ich Sie, sich nur zu vergegenwärtigen, was gesagt worden wäre, wenn am 12. März 1920 Durchsuchungen bei Männern stattgefunden hätten, die im Frieden und im Krieg verdient waren, und die einen guten Namen trugen: bei dem Generallandschaftsdirektor Rapp, bei dem General Ludendorff, bei Herrn von Jagow und anderen Persönlichkeiten. Die Polizei hat die Verpflüchtung, in einem solchen Fall, in dem die Voraussetzungen vorliegen, durchzugreifen.

Ich teile auf die Gefahr hin, daß von der rechten Seite die Nennung eines Namens wieder beanstandet wird, mit, daß diese Aktion von einem prominenten Mitglied einer Rechtsparlei der Polizei gegenüber lebhaft begrüßt worden ist. (Hört, hört! und Zurufe rechts: Namen nennen!) — Die sehr interessanten Namen werden schon demnächst mit hervortreten — und die Polizei angeregt worden ist, in möglichst weitem Umfange diese Durchsuchungen vorzunehmen, scharf zuzugreifen und selbst vor der Immunität nicht halt machen.

Bei der Durchsuchung ist, wie vielfach übersehen wird, recht Wesentliches gefunden worden. Man fand Briefe kompromittierendsten Inhalts und einen Aufmarschplan, der wahrhaftig wesentlich ist. Dieser Aufmarschplan in Verbindung mit den Briefen, mit der Diktaturverordnung und all dergleichen erhellt die Sachlage blyartig.

Die Agitation gegen die Durchsuchung ist aber unberechtigt nach jeder Richtung hin. Daß sie auch im einzelnen Falle durchaus unrichtig ist, darf ich Ihnen an Hand einiger Untersuchungsprotokolle vorführen, bei denen einiges recht interessant ist. (Zuruf rechts: Ohne Namen?) — Sehr richtig: ohne Namen!

Bei der Durchsuchung erklärte der Betreffende, daß er zwar Material im Besitz habe, das nicht staatsmännisch sei, das er aber nicht gern in den Händen der Polizei wissen möchte, und daß er es untergebracht hätte, daß es nicht von der Polizei gefunden würde. Er erklärte bei dem Fortgange der Untersuchung: „Daraus will ich kein Hehl machen, wenn es gegen Berlin geht, dann bin ich der erste, der Losmarschier!“

Bei dieser Gelegenheit ist es meine Pflicht, die schweren Angriffe gegen Staatssekretär Dr. Meißner auf das deutlichste und nachdrücklichste zurückzuweisen. Die Angriffe sind nach jeder Richtung durchaus unberechtigt. Von der rechten Seite des Hauses wird soviel damit operiert, daß die Pläne, um die es sich hier handelt, in

Wirklichkeit so unsinnig seien, daß sie als vollständig und durchführbar gelten müßten, und daß infolgedessen keine Gefahr mit ihnen verbunden sei.

Ich glaube, dieser Einwand richtet sich von selbst, denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, daß auch die unsinnigsten Pläne schließlich große Gefahren für die Allgemeinheit heraufgeschworen haben. Ich brauche auch in dieser Beziehung nur an den Rapp-Putsch zu erinnern, an den Hitler-Putsch und andere Vorkommnisse. Ganz unverständlich ist es aber für das Staatsministerium, daß die Angriffe sich dauernd gegen die Polizei und nicht gegen diejenigen richten, die die Urheber und Traghüter dieser ganzen Bewegung gewesen sind. (Sehr wahr! links. — Widerspruch und Zurufe rechts.) Ich glaube, das wäre sehr viel richtiger gewesen. Wie es überhaupt merkwürdig ist, daß gerade diejenigen Kreise sich aufs stärkste auf die Verfassung berufen, die sie nicht genug verunglimpfen können, die sie gar nicht genug herabsetzen und als für sie nicht maßgebend hinstellen können.

Dr. Wegg stellte weiter fest, daß die Behauptung unrichtig sei, die Aktion der Polizei habe sich gegen die Reichswehr gerichtet. Was die Veröffentlichung der Briefe anbelangt, so gibt es ein Notrecht des Staates, das auch vor 1918 energisch und oft gehandhabt worden ist. Darüber hinaus aber ist die Rechtsauffassung der betreffenden Angreifer durchaus unrichtig, wie sich aus der Begründung zu Paragraph 17 des Preussengesetzes ergibt. Diese Bestimmung bezieht sich nämlich nur auf nichtamtliche Veröffentlichungen, nicht aber auf amtliche Veröffentlichungen. Das Staatsinteresse erfordert die Veröffentlichung, und daß die Veröffentlichung den notwendigen Erfolg gehabt hat, ergibt sich, glaube ich, aus der Tatsache, daß jetzt alle Teile der Bevölkerung gegen derartige Unternehmungen aufs schärfste Front machen und sie als ein Verbrechen am Staate bezeichnen, was vorher nicht geschehen ist. (Sehr wahr! links.)

Die Gefahr ist beseitigt, die Ruhe und Ordnung ist gewährleistet, und die Polizei wird weiter dafür sorgen, daß das Wort des Ministers Severing wahr bleibt, daß solange er im Amte sei, ein Putsch nicht vorzukommen wird.

### Neue Vorschläge für die Einheitsflagge.

Außer dem Flaggenentwurf, den der Reichskunstwart Dr. Redtslob ausgearbeitet hat, ist eine ganze Reihe weiterer Entwürfe eingereicht worden, die eine Einheitsflagge auf anderem Wege schaffen wollen. Der Gedanke, das Eisene Kreuz als Symbol zu verwenden, kehrt bei einer ganzen Reihe von Entwürfen wieder. Am einfachsten dürfte verhältnismäßig der Germania-Vorschlag sein, der das Eisene Kreuz in die Flagge Schwarz-Rot-Gold setzen will. Ein weiterer Vorschlag sieht ein Schwarz-rot-gold umrandetes Kreuz in der Schwarz-weiß-roten Flagge vor.

In mehrfachen Variationen wird vorgeschlagen den Reichsadler in die Flagge aufzunehmen. Man hat hier im wesentlichen zu unterscheiden zwischen den Vorschlägen, die einen schwarz-rot-goldenen Adler in die schwarz-weiß-rote Flagge setzen wollen und denen, die die Flagge schwarz-rot-gold und den Adler in schwarz-weiß-rot gestalten wollen.

Auch die Ausbildung der Wäp zu einem Eckfeld von der Größe einer Viertel-Flagge kehrt bei verschiedenen Entwürfen wieder. So sieht beispielsweise der Vorschlag, ein schwarz-weiß-rotes Eckfeld in die Fahne der Republik zu setzen, einem andern Vorschlag gegenüber, der die umgekehrte Farbenverteilung vorschlägt.

Wieder andere Vorschläge suchen dem Streik um die Flagge durch

Anwendung einer Umrandung ein Ende zu bereiten. So schlägt ein Entwurf eine schwarz-rote Flagge mit goldener Umrandung vor, ein anderer eine schwarz-weiß-rote Flagge mit goldener Umrandung.

Auch die alte Kriegsflagge, weiß mit schwarzem Kreuz, kehrt wieder, mit einem schwarz-rot-goldenen Eckfeld versehen und mit verschiedenen Varianten, entsprechend den einzelnen Bundesflaggen, die innerhalb der Reichsflagge Berücksichtigung finden sollen.

Wieder ein anderer Heraldiker schlägt vor, in die schwarz-rot-goldene Flagge ein schwarz-weiß-rotes Dreieck dicht am Flaggentopf zu setzen, während ein anderer Vorschlag die umgekehrte Anwendung der Farben im umgekehrten Größenverhältnis vorschlägt.

#### So ändern sich die Ansichten.

Im gegenwärtigen Flaggenstreit ist es besonders interessant, die Worte zu lesen, die von deutschnationaler Seite über die Flaggenänderung geschrieben wurden.

Die inwänschen entlassene „Post“ schrieb am 15. November 1918:

„Der Solatenrat hat für seine Mitglieder die Schwarz-rot-goldene Urbinde als Wahrzeichen der Demokratie